
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 19/3 (1992)

DOI: 10.11588/fr.1992.3.57533

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

ZWISCHEN COMMONWEALTH, DEN USA UND EUROPA: TENDENZEN BRITISCHER AUSSENPOLITIK NACH 1945

I.

Am 9. Oktober 1948 entwickelte Winston S. Churchill in einigen wenigen Sätzen die wesentlichen Maximen der britischen Außenpolitik nach 1945: »As I look out upon the future of our country in the changing scene of human destiny I feel the existence of three great circles among the free nations and democracies. (...) The first circle for us is naturally the British Commonwealth and Empire, with all that that comprises. Then there is also the English-speaking world in which we, Canada, and the other British Dominions play so important a part. And finally there is United Europe«¹. Großbritannien verstand sich demzufolge auch nach 1945 weiterhin als Weltmacht mit globalen Verpflichtungen. Der Sieg über Hitler-Deutschland bestärkte das Land in seinem Anspruch, als Partner der USA und der Sowjetunion die zukünftige Struktur der internationalen Beziehungen neu zu ordnen. Sicherlich war das empfindliche Machtungleichgewicht Großbritanniens im Verhältnis zu den beiden Flügelmächten des Staatensystems den Außenpolitikern an der Themse kaum entgangen; doch stand dem Land nicht immerhin das Commonwealth/Empire als mächtiger strategischer und wirtschaftlicher Ergänzungsraum zur Verfügung, um eventuell gar mit den ehemaligen Verbündeten und künftigen Konkurrenten – vor allem mit der durch den Krieg ausgebluteten UdSSR – wieder gleichzuziehen?

Der rasche Zerfall der Kriegskoalition, die instabile Lage in Europa, der sich 1947/48 zum Kalten Krieg steigernde Gegensatz zur Sowjetunion sowie die schnelle Einleitung der Dekolonisierung (Indien) offenbarten jedoch in drastischer Weise das Dilemma der britischen Außenpolitik, nicht mehr über ein ausreichendes machtpolitisches und ökonomisches Eigen-gewicht zu verfügen, um die volle Gleichrangigkeit mit Washington und Moskau zu behaupten. Der am 22. Januar 1948 von Außenminister Bevin vorgetragene Gedanke einer »Western Union« kann daher auch als ein letzter Versuch Großbritanniens interpretiert werden, durch die Einbeziehung des westeuropäischen Potentials die machtpolitische Parität gegenüber den USA und der Sowjetunion wiederherzustellen und ein von London aus geführtes »Europa« als drittes Kraftzentrum der Weltpolitik zu etablieren. Die selbst von Bevin nur halbherzig verfolgte Initiative wurde jedoch vom Gang der Ereignisse überrollt. Die Neuordnung der internationalen Beziehungen 1947/48 zwang Großbritannien zu einer »halben Option« zugunsten der USA. Die Rolle eines bloßen »Juniorpartners« der Vereinigten Staaten lehnte London allerdings weiter ab; vielmehr beanspruchte es auf der Basis einer »Special Relationship« die Stellung eines Verbündeten mit eigenständigen weltpolitischen Ambitionen.

Die aus der »halben Option« resultierende Schwebelage bestimmte in den Jahren zwischen 1948 und 1957 die Beziehungen Großbritanniens zu den USA, aber natürlich auch zu Europa. Insbesondere die zahlreichen Anläufe Churchills, auch gegenüber den USA die prinzipielle

1 Walter LIPGENS/Wilfried LOTH (Hg.), Documents on the History of European Integration, Volume 3: The Struggle for European Union by Political Parties and Pressure Groups in Western European Countries 1945–1950, Berlin/New York (Walter de Gruyter) 1988, 849 S. (Europäisches Hochschulinstitut Florenz, Serie B, Geschichte), hier S. 718.

Gleichberechtigung seines Landes zu behaupten, führten in den frühen fünfziger Jahren zu zahlreichen Friktionen mit den USA, die in der Suez-Krise von 1956 kulminierten. Großbritannien zog aus diesem Debakel seiner weltpolitischen Konzeption allerdings keineswegs die Konsequenz, eine Annäherung an das sich formierende »Europa der Sechs« einzuleiten. Vielmehr vollzog Macmillan nunmehr die endgültige Option zugunsten der USA und akzeptierte die Rolle eines amerikanischen Juniorpartners in der Weltpolitik. Erst das energische Drängen der Kennedy- und der Johnson-Administration in den sechziger Jahren führte dazu, daß zumindest der Gedanke an eine zukünftige »europäische« Rolle Großbritanniens stärker an der Themse diskutiert wurde, wenngleich auch die Labour-Regierung unter Wilson mit aller Kraft darum bemüht war, die »Special Relationship« zu den USA zu verteidigen und damit die Sonderrolle des Landes in der westlichen Allianz zu behaupten, obwohl Anspruch und Realität dieser Politik aufgrund der zunehmenden wirtschaftlichen Probleme immer deutlicher auseinanderklafften.

II.

In der Auffassung, daß die britische Außenpolitik nach 1945 global ausgerichtet war, besteht in der Forschung bisher ein weitgehender Konsens. Heftig umstritten ist dagegen die Frage, ob die weltpolitische Option Londons und die damit verbundene Absage an Europa nicht als eine fundamentale Fehlentscheidung zu bewerten ist, die zu einer völligen Überforderung der britischen Ressourcen geführt und damit unter Umständen sogar den machtpolitischen und wirtschaftlichen Abstieg Großbritanniens vorangetrieben hat, den es doch eigentlich zu vermeiden galt. Hat London nicht immer wieder günstige Gelegenheiten versäumt, durch eine rechtzeitige europäische Option seine Ambitionen mit seinen de facto gegebenen Möglichkeiten in Übereinstimmung zu bringen? Hat London nicht die Entwicklung der europäischen Integration und einer einheitlichen NATO-Strategie durch die Behauptung seiner Sonderrolle immer wieder gehemmt und damit zur schweren NATO-Krise der sechziger Jahre erheblich beigetragen, als de Gaulle dem britischen Beispiel folgte und eine besondere Rolle für Frankreich in der Allianz verlangte?

Diese kritische Sichtweise wird vor allem von britischen Historikern nicht geteilt. War es nicht vielmehr ein überragender Erfolg der britischen Nachkriegsdiplomatie, die globale Rolle Großbritanniens und vor allem die »Special Relationship« zu den USA bis weit in die sechziger Jahre verteidigt zu haben? War es nicht in erster Linie der weltpolitisch ausgerichteten britischen Politik zu verdanken, daß die USA allmählich in die westliche Führungsrolle in der globalen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion hineinwachsen und sich dabei zudem der enormen weltmächtlichen Erfahrung der britischen Diplomatie bedienen konnten? Ja, war von Großbritannien denn überhaupt zu erwarten, daß es freiwillig auf den Status einer Weltmacht verzichten und sich mit einer regionalen Rolle zufriedengeben würde?

Diese hier nur kurz skizzierten Fragen beherrschen auch die neuere Literatur zur britischen Politik nach 1945. Aufgrund der ungeheuren Materialfülle ist es mehr als verständlich, daß in der Regel nur einzelne Aspekte behandelt werden und ein abschließendes Gesamturteil auf der Grundlage des Studiums aller verfügbaren Archivalien vorerst von der Forschung noch nicht zu erwarten ist. Alles in allem bestätigt die neuere Literatur das bislang gewonnene Bild der britischen Außenpolitik nach 1945. Gleichzeitig trägt die Auswertung der neu erschlossenen Quellen dazu bei, bisherige Erkenntnisse zu präzisieren. In diesem Zusammenhang seien als Beispiele genannt: Der weitgehende innenpolitische Konsens in Großbritannien zwischen den Konservativen und der Labour-Party in der Auffassung, die weltpolitische Rolle des Landes zu verteidigen; die bemerkenswerte Hartnäckigkeit, mit der alle britischen Regierungen bis in die sechziger Jahre hinein diese Politik verfolgten; die im Vergleich zu den kontinentalen Mächten große Kontinuität im Denken der außenpolitischen Eliten des Landes; der mitunter weitgehende »Realitätsverlust« Churchills während seiner Regierungszeit in außenpolitischen

Fragen; das Ausmaß der Divergenzen zwischen Washington und London, das es ungeachtet aller Gemeinsamkeiten mitunter als übertrieben erscheinen läßt, von einer gut funktionierenden »Special Relationship« zwischen den beiden Ländern zu sprechen; die weite Kluft zwischen den in London und auf dem Kontinent gehegten Vorstellungen über die Gestalt eines zukünftigen »Europa«.

III.

Die sich in den Jahren von 1945–1950 stetig vertiefenden Gegensätze zwischen Großbritannien und vor allem Frankreich in der Europapolitik beleuchtet unter anderem auch der von Walter LIPGENS und Wilfried LOTH herausgegebene dritte Band der *Documents on the History of European Integration*. Nachdem sich die beiden ersten Bände mit der Entwicklung des Europagedankens während der Kriegszeit beschäftigt haben², dokumentiert der vorliegende Band in erster Linie die Haltung der Parteien, pro-europäischen Verbände und Vereinigungen sowie herausragender Einzelpersonlichkeiten, ohne dabei die zeitgenössisch vorgebrachte Kritik zu vernachlässigen sowie die mitunter erheblichen Divergenzen innerhalb der europäischen Bewegung zu verschweigen. In den Blickpunkt der Betrachtung rücken somit die unmittelbaren Nachkriegsjahre, die überragende Bedeutung des Marshall-Plans für die Entwicklung des Gedankens der europäischen Integration und die Gründung des Europarats. Die insgesamt 252 Dokumente sind nach Ländern geordnet und jeweils mit einer gesonderten Einführung versehen. Die editorischen Leitlinien werden von Wilfried LOTH erläutert, der zugleich in seinem Vorwort eine erste historische Gesamteinordnung vorgenommen hat.

Wilfried LOTH (Frankreich), Sergio PISTONE (Italien), Klemens BOTT (Belgien), Armin HEINEN (Niederlande), Christoph STILLEMUNKES (westdeutsche Besatzungszonen), Finn LAURSEN (Dänemark), Clemens A. WURM (Großbritannien), Miriam HEDERMAN (Irland) sowie Thanos VEREMIS und Dimitris CONSTAS (Griechenland) beleuchten alsdann kurz und prägnant das jeweilige nationale Umfeld, in dem sich der Gedanke der europäischen Integration entwickelte, durchsetzte oder aber auch an seine durch nationale Interessen definierten Grenzen stieß und somit an politischer Gestaltungskraft verlor. Nicht ganz glücklich erscheint in diesem Zusammenhang die Entscheidung, Luxemburg nicht zu behandeln, dafür aber in einem Band über die Entwicklung des Europagedankens in »Western European Countries« Griechenland zu berücksichtigen, das in diesen Jahren in der Europapolitik nur eine unbedeutende Rolle spielte. Die Hauptanzahl der aufgenommenen Dokumente entfällt auf Frankreich, Italien, Westdeutschland und Großbritannien, wobei alle Texte in englischer Sprache ediert und die Originalquellen auf Microfiches dem Band beigegeben wurden.

Übereinstimmend weisen die Autoren darauf hin, daß die unterschiedlichen bzw. die gemeinsamen Erfahrungen der europäischen Staaten durch die tiefe Zäsur des 2. Weltkrieges die Einstellung der politischen Eliten nach 1945 zur Frage der europäischen Integration prägten. Während für Italien und Westdeutschland der hoffnungsvolle Blick auf ein gemeinsames »Europa« die tatkräftig ergriffene Chance enthielt, nach der Schreckensherrschaft von Faschismus und Nationalsozialismus und dem weitgehenden Verlust nationaler Identität rasch wieder in die Völkergemeinschaft aufgenommen zu werden, bewirkte das Versagen der Neutralitätspolitik vor dem Weltkrieg in Belgien, den Niederlanden und in Dänemark Überlegungen über »europäische« Lösungen der Sicherheitsfrage nach 1945, während in Frankreich die Erfahrung der militärischen Katastrophe von 1940 und die anschließende Besetzung eines großen Teils des Landes die Tendenz zum radikalen Umdenken auf dem

² Walter LIPGENS (Hg.), *Documents on the History of European Integration*, Vol. 1: Continental Plans for European Union 1939–1945, Berlin, New York (de Gruyter) 1985; Vol. 2: Plans for European Union in Great Britain and in Exile, 1939–1945, Berlin, New York (de Gruyter) 1986.

außenpolitischen Terrain gewiß förderte. Im Gegensatz dazu betrachteten die für die Formulierung der britischen Außenpolitik maßgeblichen Eliten das Ergebnis des 2. Weltkrieges eher als eine Bestätigung ihrer traditionellen außenpolitischen Strategien und Prinzipien und sahen daher keine zwingende Notwendigkeit, diese nach 1945 einer einschneidenden Neubewertung zu unterwerfen. Vielleicht mag hier eine Erklärung dafür zu suchen sein, warum die britische Europapolitik in den Jahren von 1945–1950 auf einem so weitgehenden inneren Konsens beruhte, während die französische Außenpolitik stärker zwischen den Maximen nationaler Machtpolitik (de Gaulle) sowie großzügigen Angeboten zur Aussöhnung mit Deutschland durch europäische Integrationsbemühungen auf supranationaler Grundlage (Schuman, Monnet) schwankte.

Bemerkenswert erscheint der etwas ernüchternde Eindruck, daß der während des Krieges entstandene Elan und Enthusiasmus für »Europa« unmittelbar nach dem Krieg rasch zu verebben und zugunsten einer Wiederbelebung eher überkommener außenpolitischer Strategien in den Hintergrund zu geraten drohte. Ganz offensichtlich waren es erst der Marshall-Plan, die dramatische Entwicklung des Kalten Krieges, der Zwang zur Neudefinition der Außenpolitik vor dem Hintergrund tiefgreifender Veränderungen und Verschiebungen in den internationalen Mächtebeziehungen zuungunsten der europäischen Staaten, der zunehmende Druck durch die USA und die mit der Verteilung der amerikanischen Hilfsgelder verbundenen Sachzwänge, die der europäischen Bewegung neuen Aufschwung verliehen. Der europäische Integrationsgedanke konnte – überspitzt formuliert – immer dann von bloßer Rhetorik in praktische Politik umgesetzt werden, wenn er sich in irgendeiner Weise mit einer geläuterten nationalen Interessenpolitik verbinden ließ. Dies gelang in vorzüglicher Weise eben dem Schuman-Plan, der nationale französische Ambitionen mit europäischen Integrationsbestrebungen vereinte und damit einen wichtigen Wendepunkt in der europäischen Entwicklung markierte, von der sich Großbritannien bezeichnenderweise immer stärker distanzierte. Nicht ganz zu Unrecht sah London im Schuman-Plan eher eine französische Herausforderung an den britischen Führungsanspruch in Europa als ein Angebot zur Zusammenarbeit mit den Kontinentalmächten. Alles in allem steht der Forschung und dem interessierten Leser ein sorgfältig edierter Dokumentenband zur Verfügung, der wichtige Aufschlüsse über Motive, Erfolge, aber eben auch Grenzen der Europabewegung nach 1945 vermittelt.

IV.

Daß die Vorgänge auf dem Kontinent keinesfalls im Zentrum der Überlegungen britischer Staatsmänner standen, zeigt auch der von John W. YOUNG herausgegebene Sammelband über Aspekte der englischen Außenpolitik in den Jahren 1951–1955³. Zwar erkannte Außenminister Eden durchaus die Notwendigkeit einer gewissen Reduzierung der globalen Verpflichtungen des Königreichs, doch stimmte er mit Premierminister Churchill doch wiederum in dem Ziel überein, »the world position of the United Kingdom«⁴ zu bewahren. Der Versuch Edens, den britischen Anspruch auf eine Weltmachtrolle durch eine behutsame Anpassung an die veränderten internationalen Bedingungen zu erhalten, scheiterte allerdings (Anthony ADAMTHWAITE) im Grunde genommen bereits im Ansatz, da Churchill die Politik seines Außenministers und designierten Nachfolgers in wichtigen Punkten blockierte und es der Regierung im Gegensatz zu ihrer Vorgängerin eben nicht gelang, auch im Detail eine einheitliche außenpolitische Strategie zu entwerfen und gegen innen- und außenpolitische Widerstände durchzusetzen.

³ John W. YOUNG (Hg.). *The Foreign Policy of Churchill's Peacetime Administration 1951–1955*, Leicester (Leicester University Press), 1988, 273 S.

⁴ So Außenminister Eden im Jahre 1952, Zitat ebenda, S. 9.

Den Anspruch Großbritanniens – auch im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Amerika – als ebenbürtiger Partner anerkannt zu werden, verdeutlicht die Entscheidung der konservativen Regierung, der Entwicklung einer britischen Atommacht oberste Priorität einzuräumen und zugleich im konventionellen Bereich enorme Anstrengungen auf sich zu nehmen. Die britischen Ambitionen im Rahmen dieser »Special Relationship« (Peter BOYLE) stießen jedoch in Washington keinesfalls auf ungeteilte Zustimmung. Gerade im atomaren Bereich übten die USA deutliche Zurückhaltung und verweigerten eine weitgehende Zusammenarbeit mit Großbritannien sowie eine Einschränkung ihrer eigenen Handlungsfreiheit. Zudem wurden die Briten durch die anhaltenden Querelen über Umfang und Bedingungen der US- Wirtschafts- und Militärhilfe immer wieder unangenehm an die Tatsache erinnert, daß die sich durch die ehrgeizigen Atompläne eher noch verstärkende Abhängigkeit Großbritanniens es London nicht gerade erleichterte, seine politischen Wünsche gegenüber Washington durchzusetzen.

Die hartnäckige Weigerung Londons, sich mit der Rolle eines Juniorpartners der amerikanischen Weltmacht zu begnügen, zeigte sich nicht zuletzt in den Initiativen Churchills (John W. YOUNG), durch Begegnungen mit den Sowjetführern auf höchster Ebene eine Verminderung der weltweiten Spannungen zu erreichen. Eisenhower und vor allem Adenauer befürchteten durch die Gipfelbemühungen Churchills negative Auswirkungen auf die Geschlossenheit des Westens und sorgten sich vor allem um das Schicksal der EVG-Verträge. Interessant wäre es, der von YOUNG eher am Rande aufgeworfenen Frage einmal weiter nachzuspüren, ob angesichts der ideologischen Gegensätze eine tragfähige Détente-Politik mit der Sowjetunion überhaupt möglich gewesen wäre und inwieweit Churchill mit seinem gescheiterten Vorstoß das Ziel verfolgt hat, durch eine Entspannung die Tendenz der internationalen Beziehungen zur Ausbildung eines reinen bipolaren Systems zu bremsen und somit zugleich das Gewicht Großbritanniens in der internationalen Politik wieder zu verstärken.

Daß Großbritannien keinesfalls bereit war, sich als bloße europäische Macht gewissermaßen auf eine Stufe mit Frankreich und der Bundesrepublik zu stellen, zeigt der gleichfalls von YOUNG verfaßte Artikel über die deutsche Wiederbewaffnung und die EVG. Für Großbritannien kam es darauf an, das Projekt von außen zu fördern und mitzugestalten, gleichzeitig jedoch nicht in eine europäische Föderation hineingezogen zu werden und damit eine Einschränkung der eigenen außenpolitischen Handlungsfreiheit hinzunehmen. Edens Strategie, sich gleichsam als Mittler zwischen den USA und Kontinentaleuropa zu betätigen und für die englische Politik damit gewissermaßen vor dem Hintergrund des Kalten Krieges eine unverzichtbare Rolle im internationalen Staatensystem zu beanspruchen, wird von YOUNG durchweg als erfolgreich bewertet. Immerhin sah sich Eden aufgrund der französischen Hartnäckigkeit noch zu einer Reihe von Zugeständnissen gezwungen, die zwar unterhalb der Schwelle einer englischen Mitgliedschaft in der EVG blieben, Großbritannien aber stärker als jemals zuvor in seiner jüngeren Geschichte auf dem Kontinent engagierte. Auch unter diesem Aspekt wird deutlich, daß die Ablehnung der EVG-Verträge im französischen Parlament am 30. August 1954 für die europäische Bewegung einen Rückschlag bedeutete, von dem sie sich nur ganz allmählich – wenn überhaupt – wieder erholt hat. Die daraufhin von Eden zielstrebig vorangetriebene NATO-Lösung wird von YOUNG zurecht als ein diplomatischer Triumph des englischen Außenministers angesehen. Gewiß kann man dem Urteil zustimmen, daß der Europapolitik Edens Plausibilität und innere Kohärenz keinesfalls abzusprechen sind. Eine andere Frage ist es jedoch, ob die Prämisse seiner Europapolitik langfristig tragfähig war, Großbritanniens Rolle als unabhängiger Mittler zwischen den USA und den kontinentalen Staaten zu definieren und gegen den Druck aus Washington und Paris/Bonn langfristig zu verteidigen.

Allerdings gab es – wie YOUNG in seinem Beitrag über den Schuman-Plan betont – durchaus gewichtige Gründe, warum Großbritannien sich von den Verhandlungen über eine westeuropäische Eisen- und Stahl-Union fernhielt und sich im Dezember 1954 mit einem wenig

konkreten Assoziierungsabkommen begnügte. Neben dem Widerstand der einheimischen Stahl-Industrie gilt es die Tatsache zu erwähnen, daß ein großer Teil des britischen Handels ja zu Beginn der fünfziger Jahre noch mit den Commonwealth-Ländern abgewickelt wurde und ein Erfolg der deutsch-französischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit keineswegs von vornherein gesichert schien.

Die Chancen Großbritanniens, seine angestrebte Rolle als Weltmacht zu behaupten, entschieden sich nicht zuletzt in der strategisch und vor allem ökonomisch so bedeutsamen Region des Nahen und Mittleren Ostens, in der London aufgrund seiner historischen »Rechte« und Verbindungen mit dem stillen Einverständnis Washingtons die westliche Führungsrolle zufallen sollte. Wachsende Besorgnis bereitete (Ritchie OVENDALE) vor allem der sich verstärkende Nationalismus in Ägypten und die damit verbundene Frage nach dem Schicksal der für die westliche Wirtschaft so wichtigen freien Durchfahrt durch den Suezkanal. Während Churchill durchweg eine kompromißlose Haltung gegen Ägypten einnahm, favorisierte Eden eher eine Verhandlungslösung mit Kairo. Aus der Perspektive Washingtons drohte durch die starre Haltung des Premierministers die westliche Strategie im Nahen Osten in eine bedenkliche Sackgasse zu geraten, da Großbritannien den Weg für die angestrebte Zusammenarbeit der westlichen und arabischen Staaten gegen die sowjetische Bedrohung blockierte. In völliger Verkennung der Großbritannien zur Verfügung stehenden Mittel und der veränderten internationalen Konstellation forderte Churchill ein einseitiges britisches Vorgehen gegen Nasser und trug damit zur weiteren Verschlechterung der englisch-amerikanischen Beziehungen bei, da Washington eben keinesfalls gewillt war, sich von der britischen Diplomatie ins Schlepptau nehmen zu lassen, sondern vielmehr nun auch im Nahen Osten den eigenen Führungsanspruch gegenüber London durchzusetzen bestrebt war. Erst im Sommer 1954 ebnete Churchill widerstrebend den Weg für das am 19. Oktober 1954 unterzeichnete britisch-ägyptische Abkommen, ohne daß es London durch diese späte Verständigung noch gelang, seine Nahostpolitik auf eine veränderte tragfähige Grundlage zu stellen und die Initiative in dieser Region zurückzugewinnen.

Diesen Befund bestätigt der Beitrag zum Bagdad-Pakt von Brian Holden REID. Der Versuch Londons, vor allem den britischen Einfluß im Irak abzusichern und dieses Land zugleich als Gegengewicht zu dem von Nasser beherrschten Ägypten aufzubauen, sei von vornherein mit zahlreichen von der britischen Diplomatie verkannten Risiken belastet gewesen. Reid nennt die Distanz der USA zu dem Projekt, die Stärke des arabischen und vor allem des ägyptischen Widerstands, die aus arabischer Sicht unerwünschte Beteiligung der Türkei sowie das französische Mißtrauen gegen die britischen Ambitionen im Nahen und Mittleren Osten. Ganz offenkundig war Großbritannien nicht mehr in der Lage, in dieser Region eine eigenständige Großmachtspolitik zu verfolgen, wenn es sich dabei nicht auf die eindeutige und vorbehaltlose Unterstützung der Vereinigten Staaten berufen konnte und somit die Rolle eines Juniorpartners der amerikanischen Weltmacht akzeptierte. Erfolgreicher operierte die britische Diplomatie dagegen in den Verhandlungen mit Südafrika über das zukünftige Schicksal des britischen Marinestützpunktes in Simonstown. Allerdings erreichte es Großbritannien nicht – wie G.R. BERRIDGE und J.E. SPENCE in ihrem auf neuen archivalischen Funden basierenden Artikel in Ergänzung zur bisherigen Forschung betonen –, in dem Übereinkommen vom 30. Juni 1955 zugleich einen südafrikanischen Beitrag zur Verteidigung des Nahen und Mittleren Ostens festzuschreiben.

Unterschiedliche Einschätzungen und divergierende Interessen in Washington und London beherrschten auch das Vorgehen beider Mächte in Asien und verhinderten eine enge Zusammenarbeit sowohl in Korea als auch in Indochina. Während sich die USA auch als »asiatische« Macht verstanden, zeigte Großbritannien wenig Bereitschaft, über die Verteidigung seiner »essentials« hinaus der amerikanischen Diplomatie zu folgen. Die Schwerfälligkeit der amerikanisch-englischen Konsultationen bei der Beilegung des Korea-Krieges (Peter LOWE) ist Indiz für eine wachsende Tendenz der USA, in Asien ohne enge Abstimmung mit Großbri-

tannien zu handeln und damit seinen Führungsanspruch in dieser Region zu unterstreichen. Die militärische Schwäche Großbritanniens in Asien bestimmte im Grunde genommen die britische Haltung im Indochina-Konflikt, mit der sich Geoffrey WARNER abschließend beschäftigt. Die Option einer Ausweitung des Indochina-Krieges auf China und das damit verbundene Risiko eines »Weltkrieges« war für Großbritannien im Gegensatz zu den USA letztlich nicht gegeben, so daß London einer Verhandlungslösung mit der UdSSR und China eindeutig den Vorrang einräumte. Allein Malaya sollte notfalls auch gegen einen chinesischen Angriff verteidigt werden. Da auch die militärisch schwer bedrängten Franzosen an einer Verständigung interessiert waren, eröffnete sich auf der Genfer Indochina-Konferenz die von Eden dann mit diplomatischem Geschick genutzte Gelegenheit, eine Verhandlungslösung zu erzielen, die den vor der Konferenz festgelegten britischen Wünschen schon recht nahekam. Wenngleich London daher – gemessen an der britischen Ausgangslage – mit dem Ergebnis der Konferenz durchaus zufrieden sein konnte, so waren die Beziehungen zu Washington erneut schwer belastet worden.

Alles in allem liefern die Beiträge dieses Buches, die sich durchweg um die Aufarbeitung umfangreichen Quellenmaterials bemühen, wichtige Mosaiksteine für das Verständnis der englischen Außenpolitik in den Jahren von 1951–1955. Allerdings vermißt man mitunter Ansätze für eine Gesamtinterpretation der englischen Diplomatie sowie deren Einordnung in den Zusammenhang der internationalen Staatenbeziehungen, die über die Darstellung der Einzelaspekte hinausgehen.

V.

Mit der britischen Europapolitik seit 1945 befaßt sich ein von Gustav SCHMIDT herausgegebener Sammelband. SCHMIDT betont in der Einleitung, Großbritannien sei nach 1945 weiterhin bemüht gewesen, eine unabhängige Weltmachtrolle zu spielen und habe demzufolge selbstverständlich in Europa die Führung beansprucht und Frankreich als einen eher unbequemen Rivalen gesehen. In dem britischen Bestreben, eine eigenständige Atomstreitmacht aufzubauen, erkennt er daher auch das Prestige-Motiv Londons, »daß Großbritannien dem Atommacht-Club angehören müsse, um als Großmacht anerkannt zu bleiben und Einfluß in Washington auszuüben«⁵. Reinhard MEYERS diskutiert anschließend die bereits während des Krieges einsetzenden Überlegungen in Großbritannien über die Prinzipien der britischen Wirtschaftspolitik gegenüber dem besiegten Deutschland. Unter dem Stichwort der »economic security« unterscheidet er zwei Denkmodelle, wobei das erste Modell es angestrebt habe, durch eine langfristige Schwächung des deutschen Wirtschaftspotentials Sicherheit vor Deutschland zu erreichen, während ein zweites Modell Sicherheit mit Deutschland zum Ziel erhoben habe. Demzufolge galt es zwar, die deutsche Wirtschaft kriegsunfähig zu halten und die verfügbaren Ressourcen in den Aufbau einer Friedensindustrie zu lenken, den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands jedoch zu fördern und aus eigenem Interesse für den gesamteuropäischen Wachstumsprozeß nutzbar zu machen. Daß sich die zweite Konzeption letztlich durchsetzte, war MEYERS zufolge nicht zuletzt dem Einfluß der USA zu verdanken, deren »Open-Door Policy« sich im Einklang mit dem zweiten Modell befand.

Einen präzisen und anregenden Überblick über die Grundzüge der britischen Europapolitik von 1945–1951 vermittelt sodann Clemens A. WURM. Nach der Vorstellung des bisherigen Forschungsstandes beschäftigt er sich mit den entscheidenden Stationen der britischen Europapolitik nach 1945. Demnach war »die Aufrechterhaltung der britischen Weltmachtstellung

5 Gustav SCHMIDT (Hg.). *Großbritannien und Europa – Großbritannien in Europa. Sicherheitsbelange und Wirtschaftsfragen in der britischen Europapolitik nach dem Zweiten Weltkrieg*, Bochum (Studienverlag Dr. N. Brockmeyer) 1989, 387 S. (Arbeitskreis Deutsche England-Forschung, 10), hier S. 13.

in einer zunehmend von den Vereinigten Staaten und der UdSSR dominierten Welt«⁶ das zentrale Anliegen der britischen Europapolitik. In diesen Zusammenhang gehören die in London ventilerten Gedanken von einem unter britischer Führung stehenden Westeuropa als »Third World Force«⁷, aber auch der von Bevin am 22. Januar 1948 vorgestellte »Western Union«-Gedanke, der eine selbständige Rolle Europas auch im Verhältnis zu den USA einschloß⁸. Die sich 1947/48 vollziehende Umwälzung in den internationalen Beziehungen ließ allerdings derartige Gedanken an ein selbständiges Europa als drittes Kraftzentrum im Staatensystem als überholt erscheinen; parallel dazu gingen etwa seit Mitte 1948 die europäischen Vorstellungen Großbritanniens und der Kontinentalmächte allmählich auseinander. London räumte seinen Beziehungen zu den USA und zum Commonwealth Priorität gegenüber Europa ein, lehnte eine Zusammenarbeit auf der Basis der Schaffung supranationaler Strukturen ab und war allenfalls zu einer pragmatischen Kooperation auf intergouvermentaler Grundlage bereit. Das europäische Engagement der britischen Weltmacht durfte fortan eine Grenze nicht überschreiten, die es London unmöglich machen würde, »sich von Europa freizumachen und sicher und ohne Beschädigung der eigenen ökonomischen Struktur in Zusammenarbeit mit dem Commonwealth und den USA die eigene Position wiederherzustellen«⁹. Die schwachen institutionellen Grundlagen der OEEC und des Europarates, von London gegen den Widerstand der USA im ersten Fall und vor allem Frankreichs im zweiten Fall durchgesetzt, verdeutlichten die künftige Richtung der britischen Europapolitik. Die daraus erwachsenden britisch-französischen Differenzen kulminierten alsdann im Schuman-Plan vom Mai 1950. In diesem Zusammenhang ist es sicherlich gewinnbringend, der von WURM abschließend angeregten Frage verstärkt nachzugehen, ob nicht letztlich auch die kontinentalen Mächte wie Großbritannien nationale Interessenpolitik betrieben haben, allerdings im Falle Frankreichs und der Bundesrepublik mit dem Instrument supranationaler Zusammenarbeit.

Die von der jüngeren Forschung hervorgehobene Bedeutung Großbritanniens bei der Ausformulierung der westlichen Strategie angesichts der sowjetischen Herausforderung beleuchtet Helmut REIFELD in einem Beitrag über die britische Politik während der Berlin-Blockade. Außenminister Bevin trat demnach bereits im November 1947 dafür ein, die westliche Position in Berlin unter allen Umständen aufrechtzuerhalten, da ansonsten die Tendenz des wachsenden kommunistischen Einflusses in Europa gefährlich zunehmen werde. Berlin wurde für Bevin im Verlauf der Blockade immer mehr zum Prüfstein für die Bereitschaft und Fähigkeit der angelsächsischen Mächte, ein Vordringen der Sowjetunion nach Westeuropa zu verhindern. Gleichzeitig verdeutlichte die Berlin-Blockade jedoch den Tatbestand, daß Großbritannien zur Verteidigung Westeuropas aus eigener Kraft nicht mehr imstande und sicherheitspolitisch auf die Unterstützung der USA zwingend angewiesen war. Dennoch sperrte sich Großbritannien auch nach dem Ausbruch des Korea-Krieges – wie Matthias PETER in seinem Bericht über die englische Politik gegenüber der deutschen Wiederbewaffnung im Gegensatz zur bisherigen Forschungsauffassung betont – gegen die von den USA befürwortete deutsche Wiederbewaffnung. Erst die krisenhafte Zuspitzung der englischen wirtschaftlichen Lage 1950/51 führte in London zu einer veränderten Bewertung eines deutschen Verteidigungsbeitrages. Aspekte der britischen Verteidigungspolitik im Widerstreit zwischen globalen und europäischen Verpflichtungen stehen auch im Zentrum der Überlegungen von Heinz-Werner WÜRZLER. In Übereinstimmung mit den bisher vorgestellten Ergebnissen der Forschung betont auch Würzler die Maxime der englischen Europapolitik, sich nach Möglichkeit nur im Gleichschritt mit den USA auf dem Kontinent zu betätigen und sich keinesfalls in eine kostspielige Vorreiterrolle hineindrängen zu lassen.

6 Ebenda, S. 65.

7 Ebenda, S. 66.

8 Ebenda, S. 69.

9 Ebenda, S. 80.

In zwei Beiträgen befaßt sich Gustav SCHMIDT mit Fragen der britischen Europapolitik von 1955–1967 unter besonderer Berücksichtigung des Faktors USA für die Entwicklung der zwischenstaatlichen Beziehungen in Europa. Dabei wird deutlich, welche bedeutende Rolle die immer wieder vermittelnd eingreifende amerikanische Diplomatie in diesem Zeitraum gespielt hat, um die gravierenden Gegensätze – die vor allem auch das deutsch-englische Verhältnis belasteten – auszugleichen und bei der Suche nach Kompromissen mitzuwirken. Die USA erscheinen als ein unverzichtbarer Partner auch des westeuropäischen Staatensystems, um die Gewichte innerhalb dieser Region zwischen Paris, London und Bonn immer wieder neu auszutarieren und dem sich wandelnden Gewicht der einzelnen Staaten anzupassen.

Die massiven Drohungen Macmillans an Bonn und Paris aus dem Sommer 1958, London werde notfalls seine gesamten politischen und wirtschaftlichen Verpflichtungen gegenüber dem Kontinent einschließlich seiner NATO-Mitgliedschaft überprüfen, falls den britischen Vorstellungen bezüglich der Schaffung einer europäischen Freihandelszone nicht stärker entsprochen werde, zeigen die tiefe Kluft zwischen Großbritannien und dem Kontinent nach dem durch die Konferenz von Messina eingeleiteten wirtschaftlichen Integrationsprozeß im »Europa der Sechs«. Dem »anti-europäischen« Kurs Macmillans korrespondierte die nach dem Suez-Debakel von 1956 vorangetriebene Annäherung Londons an Washington und der mit Nachdruck erhobene Anspruch der Inselmacht, aufgrund der »Special Relationship« mit den USA auch eine Sonderrolle innerhalb der NATO quasi als Führungsmacht neben den USA einzunehmen. Die enge Zusammenarbeit mit Washington und der Status Londons als Atommacht gaben den britischen Wünschen entsprechendes Gewicht, waren aber nicht gerade geeignet, den politischen Zusammenhalt der NATO zu fördern und lieferten darüber hinaus de Gaulle zusätzliche gewichtige Argumente, eine eigenständige französische Atommacht zu fordern, in der NATO die Machtfrage aufzuwerfen und zudem London als einer zu eng mit den USA verbundenen Macht den Zugang in die EWG zu versperren. Zugleich geriet die Bundesrepublik in das außenpolitische Dilemma, durch den wachsenden Druck Londons, das von Bonn immer drängender finanzielle Ausgleichszahlungen für die englischen Verpflichtungen auf dem Kontinent (Rheinarmee) einklagte, gleichsam alternativlos in die Arme de Gaulles getrieben zu werden. Eröffnete das Werben de Gaulles nicht für Bonn auf den ersten Blick verlockende Perspektiven, zumal die Bundesrepublik innerhalb der von den Angelsachsen beherrschten NATO kaum über Mitspracherechte im nuklearen Bereich verfügte, gleichzeitig aber ein eskalierender Konflikt vor allem das eigene Territorium treffen würde?

Das von den USA vorangetriebene MLF-Projekt diente daher nicht nur als ein gegen die Pläne de Gaulles gerichtetes Instrument, sondern es sollte auch den deutschen Wünschen entgegenkommen. Unübersehbar verstärkten die Kennedy- und auch die Johnson-Administration ihren Druck auf Großbritannien, den alleinigen Führungsanspruch der USA im westlichen Bündnis anzuerkennen, die britische Sonderrolle innerhalb der NATO aufzugeben und damit auch zugleich die Gleichberechtigung der wirtschaftlich prosperierenden Bundesrepublik zu akzeptieren. Vorerst widersetzte sich Großbritannien – inzwischen regiert von einer Labour-Regierung unter Wilson – jedoch hartnäckig und erfolgreich den amerikanischen Pressionen und hielt an einer globalen Rolle in den internationalen Beziehungen fest. Vielmehr trug der britische Widerstand maßgeblich zum Verzicht der Johnson-Administration (Januar 1965) auf das MLF-Projekt bei, während McNamaras Bemühungen, die Briten zur »Europäisierung« ihrer Atomstreitmacht zu bewegen, ergebnislos blieben. Noch einmal gelang es den Briten im Herbst 1965, Washington zu finanzpolitischen Stützungsaktionen für die britische Wirtschaft zu veranlassen. Erst 1966/67 erfolgte nach SCHMIDT unter dem Eindruck wirtschafts- und finanzpolitischer Zwänge – die auch von Washington nicht mehr aufgefangen werden konnten – die längst überfällige Kurskorrektur der englischen Außenpolitik. Im Juli 1967 kündigte Großbritannien den Rückzug »East of Suez« an, Mitte November 1967 folgte

die Abwertung des britischen Pfundes. Mit diesen Darlegungen wird gewissermaßen das Terrain für die künftige Erforschung der englischen Europa- und Außenpolitik in den Jahren von 1957–1967 abgesteckt, wenngleich die durchweg kritische Sichtweise sicherlich nicht ganz ohne Widerspruch bleiben wird.

Der Beitrag von Angelika VOLLE schildert die wesentlichen Etappen der englischen Europapolitik seit dem Beitritt am 1. Januar 1973 bis hin zur Rede von Premierminister Thatcher in Brügge am 20. September 1988. Das entschiedene Bekenntnis Frau Thatchers in ihrer Rede in Brügge zu einem »unabhängigen souveränen Großbritannien« und ihr Hinweis auf die ja gar nicht zu bestreitende Tatsache, daß gerade die nationalstaatliche Entwicklung bisher Europa geprägt habe, lassen erkennen, daß die Auseinandersetzungen der späten vierziger Jahre über die zukünftige Gestalt Europas lediglich in die EG hineingetragen worden sind. In diese Richtung verweisen auch die Ausführungen von Stuart CROFT über die auch seit 1973 unverändert auf eine enge Zusammenarbeit mit den USA ausgerichtete britische Sicherheitspolitik sowie sein entschiedenes Plädoyer für die unabhängige atomare Streitmacht Großbritanniens. Abgeschlossen wird der Tagungsband mit einem Beitrag von Roger WILLIAMS über die britische Wissenschafts- und Technologiepolitik im europäischen Kontext.

VI.

Fragen der innen- und außenpolitischen Entwicklung Großbritanniens nach 1945 behandelte auch eine vom Institute of Contemporary British History ausgerichtete Tagung, deren Beiträge nun in einem Sammelband¹⁰ vorliegen. Die Aufsätze decken dabei ein weitgefächertes Spektrum vom Aufbau des englischen Gesundheitswesens bis hin zur Suez-Krise von 1956 ab, ohne daß eine verbindende Thematik oder Fragestellung erkennbar ist. Eine Ausrichtung auf fest umrissene und klar definierte Problemfelder der englischen Politik nach 1945 wäre hier sicherlich von Vorteil gewesen. Einer Diskussion zur Frage der Auflösung des »post war consensus« (David MARQUAND) folgt ein überzeugendes Plädoyer, die ursprünglichen wirtschaftspolitischen Vorstellungen von Keynes nicht in jedem Fall mit den nach 1945 unter Berufung auf ihn angewandten Methoden gleichzusetzen (Roger MIDDLETON). Es sei daher unangebracht, Keynes heute für alle Fehlentwicklungen in der englischen Wirtschaftspolitik nach 1945 verantwortlich zu machen. Mit Blick auf die aktuelle Diskussion über die Effizienz des britischen Gesundheitswesens weist Patrick BENNER darauf hin, daß der NHS ungeachtet der bedeutenden Leistungen Bevans von vornherein einen schweren Start zu verzeichnen hatte, da die hohen finanziellen Anforderungen zunächst nicht ausreichend bedacht worden seien und der NHS schon früh in der Sicht der breiten Öffentlichkeit in den Verdacht von »extravagance and inefficiency«¹¹ geraten sei.

Interessante Aufschlüsse über das innenpolitisch rauhe Klima in den ersten Nachkriegsjahren vermittelt ein Beitrag (Justin Davis SMITH) zu den Versuchen der Labour-Regierungen, in der Auseinandersetzung mit sporadisch aufflammenden ungesetzlichen Streiks und Ausständen Druck auf den BBC auszuüben, sei es, um die Ansichten der Regierung zu verbreiten oder umgekehrt den Streikenden die Gelegenheit für die Verbreitung ihrer Auffassungen zu nehmen. Nur allmählich vollzog sich eben der Übergang von der während des Krieges verfolgten Politik zu einer liberaleren Nachkriegspolitik. Gänzlich andere Probleme behandeln Simon STEVENSON und Sarah HARPER. Während STEVENSON die sich verändernde Einstellung gegenüber jugendlichen Straftätern in den Jahren von 1938 bis 1964 verfolgt, geht HARPER der Frage nach, welche Umstände und Motive dazu beigetragen haben, daß dem

10 Anthony GORST, Lewis JOHNMAN, W. Scott LUCAS (Hg.). *Post-War Britain, 1945–1964. Themes and Perspectives*, London/New York (Pinter Publishers), 1989, 246 S.

11 Ebenda, S. 47.

wachsenden Trend großer Bevölkerungskreise, immer frühzeitiger aus dem Berufsleben auszuschneiden, nicht stärker entgegengewirkt wurde, wengleich die mit einem frühen Übergang in das Rentenalter verbundenen individuellen Probleme durchaus bekannt und diskutiert worden seien.

Außenpolitische Themen beherrschen den zweiten Teil des Bandes. Tillman REMME untersucht detailliert Zustandekommen, Verlauf und Auswirkungen der am 23. März 1947 in Neu Delhi durch Nehru eröffneten Asian Relations Conference. Bis in das Jahr 1947 hinein verfolgte das Foreign Office Pläne zur Bildung einer unter britischer Führung stehenden regionalen Organisation zur Zusammenarbeit in Süd- und Südostasien mit Sitz in Singapur. Auf diesem Weg versuchte London, auch die kurz vor der Unabhängigkeit stehenden ehemaligen Kolonien, vor allem Indien, auch zukünftig eng an sich und den Westen zu binden und damit die englische Vormachtstellung in der Region unter veränderten Bedingungen zu bewahren. Die in Neu Delhi stattfindende Konferenz unterstrich allerdings deutlich den wachsenden Anspruch der asiatischen Nationen und vor allem Indiens nach tatsächlicher Unabhängigkeit und die kaum zu überwindenden Widerstände gegen eine Fortdauer der britischen Hegemonie, wengleich es Nehru seinerseits nicht gelang, vor dem Hintergrund der indisch-chinesischen Rivalität den eigenen Führungsanspruch im asiatischen Raum durchzusetzen. Immerhin sah sich das Foreign Office dazu veranlaßt, seine ehrgeizigen Pläne zur regionalen Zusammenarbeit einer Revision zu unterziehen. Ob die im Oktober 1949 vom Kabinett gebilligte Einschätzung, »that Britain was in the best position to play 'a major (if unobtrusive) part in organising South-East Asia for regional political, economic and military co-operation'«¹² von großem Realitätssinn gekennzeichnet war, sei allerdings einmal dahingestellt. Immerhin konnte die britische Politik – so REMME – mit der Verabschiedung des Colombo-Plans im Januar 1950 zumindest einen Teilerfolg verbuchen.

Wie hartnäckig und zäh Großbritannien mitunter seine kolonialen Besitzungen, denen im Zuge des Ost-West-Konfliktes zunehmend auch eine strategische Bedeutung zufiel, verteidigte, zeigt A. J. STOCKWELL. Britische Truppen und Sicherheitskräfte wurden nach 1945 in etwa 70 Operationen zur Bekämpfung von Aufstandsbewegungen eingesetzt, wobei vor allem der mit hohen Kosten verbundenen Niederschlagung der kommunistischen Erhebung in Malaya in den Jahren von 1948–1960 große Bedeutung zukam. Die globale Ausrichtung der britischen Nachkriegspolitik spiegelt sich auch in den strategischen Planungen der Navy wider. So berief sich die Marineführung (Eric GROVE) in den internen Verteilungskämpfen um die knapper werdenden Rüstungsmittel unter anderem darauf, daß ein Verzicht auf die umstrittenen Flugzeugträger der Navy gleichbedeutend sei mit der Abdankung Großbritanniens als Großmacht. Der britischen Marine fiel neben ihren konkreten Verteidigungsaufgaben daher auch die Rolle zu, »to maintain British prestige around the world for as long as possible«¹³.

Mit einem der umstrittensten Kapitel der britischen Nachkriegsgeschichte – dem Debakel der Suez-Krise – beschäftigen sich Lewis JOHNMAN und W. Scott LUCAS. JOHNMAN verfolgt die Entwicklung der Suez-Krise aus der Perspektive des Schatzamtes, das bereits seit dem September 1956 in internen Berichten nachhaltig warnte, daß Großbritannien bei einer Verschärfung des Konfliktes ohne die volle Unterstützung der USA wirtschafts- und finanzpolitisch in arge Bedrängnis geraten werde. Besondere Beachtung schenkt er dabei der bis heute rätselhaften Rolle Macmillans, der – ungeachtet der ihm bekannten pessimistischen Beurteilung durch sein eigenes Ministerium – lange Zeit für eine harte und entschlossene Haltung gegenüber Ägypten eintrat, um am 6. November angesichts der verheerenden Auswirkungen der Krise für die britische Finanzpolitik eine überraschende Kehrtwende zu vollziehen und für einen raschen Abbruch der militärischen Aktion einzutreten. Im Zusam-

12 Ebenda, S. 129.

13 Ebenda, S. 160.

menhang mit der Suez-Krise wies denn auch der Gouverneur der Bank von England am 20. August 1956 darauf hin, daß Großbritannien im Grunde genommen seit 1945 eine Politik verfolgt habe, die seine Ressourcen überfordert habe: »The fundamental trouble is that the economy and the public purse have been overextended for many years, partly as a result of the war and partly because of the many commitments, social, military and political, which we have since undertaken«¹⁴. LUCAS setzt sich mit der Bedeutung der anglo-amerikanischen Allianz im Rahmen der Suez-Krise auseinander. Er wendet sich mit plausiblen Argumenten gegen die von Richard Neustadt 1970 aufgestellte These, die Krise sei nahezu ausschließlich durch Mißverständnisse und mangelhafte Kommunikation zwischen London und Washington entstanden. Er plädiert dafür, bei der Suche nach den entscheidenden Motiven Edens für die Intervention stärker die angespannte Situation im Kräftespiel zwischen Israel, Jordanien, dem Irak und Großbritannien zu berücksichtigen.

Der Beitrag von G. Wyn REES über die militärische Zusammenarbeit zwischen London und Washington im Jahr 1957 unterstreicht die bedeutende, von Macmillan mit Entschlossenheit vorangetriebene Neubestimmung der Stellung Großbritanniens im internationalen Staatensystem nach dem Fiasko des Suez-Abenteuers. Das Jahr 1957 bildete nach REES »a watershed in Anglo-American relations«¹⁵, da es Macmillan gelang, den anfänglichen amerikanischen Widerstand gegen die Gewährung einer Sonderrolle für Großbritannien innerhalb der NATO zu überwinden und bei seinem Treffen mit Eisenhower im Oktober 1957 vor allem die britischen Wünsche nach einer weitgehenden Zusammenarbeit auf dem Terrain der Nuklearpolitik durchzusetzen. Sicherlich kann man dies durchaus als einen Erfolg der britischen Diplomatie bewerten¹⁶; doch war es letztendlich nicht nur ein kurzfristiger Pyrrhussieg, der Großbritannien erneut davon abhielt, seinen Ort im internationalen Staatensystem im Einklang mit seinen militärischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten neu zu definieren und der lediglich dazu führte, daß London den sich Ende der 50er Jahre in Bewegung setzenden europäischen Zug verpaßte? Abgeschlossen wird der Band mit einem aufschlußreichen Bericht von Peter CATTERALL über den gegenwärtigen Stand der Forschung zur englischen Nachkriegspolitik, der besonders auf die Bedeutung der oral-history für die Zeitgeschichtsforschung hinweist.

VII.

Als eine Einführung mit einem begrenzten und bescheidenen Anspruch bezeichnet Stephen GEORGE seine Darstellung der wichtigsten Etappen der britischen Europapolitik von 1945 bis zur Gegenwart¹⁷, wobei der Schwerpunkt auf der Zeit nach dem britischen Beitritt von 1973 liegt. GEORGE ist sich also des Risikos, auf 211 Seiten eine derartig umfangreiche Fragestellung abzuhandeln, durchaus bewußt, zumal er auch einen methodisch anspruchsvollen Weg gewählt hat. Demnach soll die britische Politik gegenüber Europa vor dem Hintergrund und im Zusammenhang der internationalen Lage sowie der britischen Innenpolitik interpretiert werden¹⁸. Entsprechende Kapitel sind daher der Betrachtung der europäischen Politik jeweils vorangestellt. Der Verfasser gerät damit beispielsweise in das kaum lösbare Dilemma, dem Leser auf vier Seiten¹⁹ die Grundzüge der internationalen Beziehungen von 1945–1973 zu präsentieren. Aus der Sicht der Forschung liefert das Buch keine grundlegend neuen Erkennt-

14 Ebenda, S. 177.

15 Ebenda, S. 217.

16 Ebenda.

17 Stephen GEORGE, *An Awkward Partner. Britain in the European Community*, Oxford (Oxford University Press) 1990, 224 S., hier S. 211.

18 Ebenda, S. V.

19 Vgl. ebenda, S. 5-9.

nisse, einem interessierten Leser gibt es eine präzise Zusammenfassung wichtiger europapolitischer Entscheidungen der britischen Politik nach 1945 an die Hand.

Mit der Wahl des Titels gibt der Verfasser bereits zu erkennen, daß er der britischen Europapolitik mit kritischer Distanz gegenübersteht und sie, überspitzt formuliert, als eine lange Reihe von versäumten Gelegenheiten auffaßt, sich von der imperialen Vergangenheit des Landes zu lösen und rechtzeitig ein neues, »europäisches« Selbstverständnis zu finden. So habe Bevin beispielsweise den Schuman-Plan als »Franco-American plot« angesehen, während Churchills weltmächtige Fixierung ihm den Blick für die Veränderungen auf dem Kontinent weitgehend verstellt habe²⁰. Die sich seit dem Beginn der sechziger Jahre wandelnde Einstellung zur EWG in Großbritannien war nach GEORGE nicht in erster Linie das Ergebnis einer sich andeutenden britischen »Option« für die europäische Zusammenarbeit. Vielmehr drohte andernfalls durch den unerwarteten Erfolg des »Europa der Sechs« sowie des unter Kennedy einsetzenden Druckes der USA eine gefährliche Isolierung Großbritanniens. Um die eigenen politischen Vorstellungen über die künftige Gestalt Europas durchsetzen zu können und angesichts der Herausforderung de Gaulles den amerikanischen Einfluß auf dem Kontinent zu erhalten, schien es vorteilhafter, der EWG beizutreten. London brachte seine dann durch de Gaulle blockierten Beitrittsgesuche in den sechziger Jahren daher auch ohne jeden Enthusiasmus vor.

An der ambivalenten Einstellung Londons gegenüber den Zielen der EG änderte sich daher auch nach dem Beitritt kaum etwas. Schon bald galt Großbritannien als »awkward partner«, dem es nach wie vor darum ging, vor allem seine nationalen Interessen durchzusetzen. Bis weit in die achtziger Jahre hinein (GEORGE) verstand es London nicht, die Vertretung nationaler Belange mit Kompromißbereitschaft zu verbinden und geriet daher immer wieder in die Isolierung, vor allem durch die enge Zusammenarbeit zwischen Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing in den siebziger Jahren. Ein gewisser Wandel sei erst Mitte der achtziger Jahre eingetreten; London sei es anschließend sogar mit Erfolg gelungen, die Bestrebungen innerhalb der EG zur Schaffung supranationaler Institutionen zu bremsen und seine Vorstellungen von pragmatischer Kooperation voll souveräner Staaten, insbesondere auf dem Terrain der Wirtschaftspolitik, voranzutreiben. Alles in allem vermittelt die Abhandlung von GEORGE den Eindruck, daß es Großbritannien noch nicht gelungen ist, nach dem mitunter quälenden und erzwungenen Abschied als Weltmacht ein neues Selbstverständnis als europäische Regionalmacht zu finden und den Beitritt zur EG als endgültige Option für Europa zu verstehen.

Alles in allem gilt es resümierend festzuhalten, daß – soweit es die Rekonstruktion wesentlicher Entscheidungen angeht –, die Diskussion über die britische Außenpolitik nach 1945 in wesentlichen Fragen (weltpolitische Ausrichtung, enge Bindung an die USA, Ablehnung föderalistischer europäischer Strukturen) durch einen breiten Konsens gekennzeichnet ist. Der Streit der Gelehrten darüber, ob Großbritannien in falscher Einschätzung seiner machtpolitischen und wirtschaftlichen Ressourcen eine rechtzeitige »Option« für Europa versäumt habe, geht allerdings unverändert weiter. Traditionelle britische nationale Interessenpolitik auf der einen und europäische Integrationsbestrebungen auf der anderen Seite (Frankreich, Bundesrepublik) werden dabei häufig als unvereinbare Gegensätze gesehen. Die stärkere Berücksichtigung der Tatsache, daß selbstverständlich auch die kontinentalen Mächte in gewisser Hinsicht nach 1945 nationale Interessenpolitik betrieben haben und die europäischen Integrationsbemühungen keineswegs eine völlige Überwindung klassischer außenpolitischer Strategien zur Folge hatten (Clemens A. WURM), ermöglicht der künftigen Forschung vielleicht die Überwindung dieser starren Fronten.

20 Ebenda, S. 22 bzw. S. 20.